

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Hilringhaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckanschrift: Copiedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf eines Beschlusses der Redaktion, wenn nicht anders verordnet ist. Erfüllungsort für alle Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. August 1931

Intern. Post  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Hitlers Sorgen.

Der Drang der Nazis zur Futterkrippe.

SPD. Im Lager der nationalen Opposition ist zur Zeit ein grosser Drang zur Futterkrippe im Gange. Nicht aus dem Bedürfnis heraus oder gar in der Erkenntnis, dass dadurch die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes auch nur irgendwie gebessert werden könnten. Der Grund ist der, dass Hitler und Hugenberg sich in einer ausserordentlich schwierigen parteilpolitischen Lage befinden.

In den Städten geht die Nazi-Bewegung stark zurück. Auch auf dem Lande geht es nicht mehr vorwärts. Die Bewegung stagniert. Die Mittel, sie weiter zu treiben, fehlen. Hugenbergs Nöte sind noch grösser. Sie sind so, dass sie ein weiteres Ausmass garnicht mehr annehmen können. Schon zahlt er den Angestellten seiner Partei die sauer verdienten Groschen nur noch in Raten. Der Zeitpunkt, dass er überhaupt nicht mehr zahlen kann, steht unmittelbar bevor. Aus eigener Kraft wird sich die deutschnationale Organisation jedenfalls kaum noch länger halten können. Man ventiliert deshalb in deutschnationalen Kreisen bereits seit längerer Zeit ernsthaft den Gedanken einer Verschmelzung mit den Nazis. Vielleicht wäre es schon so weit, wenn der Münchener Papst nicht von einem unheilbaren Grössenwahn beseelt wäre und als Preis für die Flucht der deutschnationalen Sekte zu ihm Hugenberg als gleichberechtigten Bonzen neben sich anerkennen würde. Aber noch denkt der grosse Adolf nicht daran.

Dieses Durcheinander und die Klemme, in der Hugenberg noch schlimmer steckt als Hitler, haben auf der Rechten einen geradezu seltsamen Drang zur Futterkrippe und zu den Fleischtöpfen dieses verdamnten "Systems" zur Folge gehabt. Die Volkspartei, die ebenfalls nicht leben und nicht sterben kann, hat alles getan um diesen Drang zu stärken und nichts unterlassen, um ihm zum Erfolg zu verhelfen. Wenn das bisher nicht gelungen ist, so liegt das weniger an Herrn Dingeldey als am Zentrum, das sich gegenüber der sogenannten Nationalen Opposition nach wie vor in Kampfstellung befindet.

Angesichts dieser Situation hat Hitler am Montag in seinem Münchener Blättchen, das übrigens seit der Septemberwahl weit über die Hälfte seiner Abonnenten verloren hat, einen neuen Anbiederungsversuch an Herrn Brüning unternommen. Er erklärte sich durch seine Pressestelle unter "Voraussetzungen", die er jedoch nicht nannte, zur Teilnahme an einem rechts gerichteten Konzentrationskabinetts bereit. Angeblich als Erwiderung auf den Artikel eines rechtsgerichteten Zentrumsmannes in einem Berliner rechtsstehenden Blatt, in Wirklichkeit aber auf Veranlassung eines bestimmten Kreises, zu dem Reichskanzler Brüning nicht in direkten Beziehungen steht, der aber glaubt, auf den Reichskanzler indirekt Einfluss nehmen zu können.

Hitlers Anbiederungsversuch ist gescheitert. Daran dürfte auch durch die Hoffnung eines rechtsstehenden Berliner Blattes, dass sich im Zentrum eine "Neuorientierung" gegenüber den Nationalsozialisten vollzieht, kaum etwas geändert werden. Jedenfalls erklärt die Berliner "Germania" am Dienstag kategorisch, dass in diesem Augenblick "wirklich nicht Kabinettsorgen" zur De-

uatte ständen, dass die Behauptung, als habe der Reichskanzler Fühler nach rechts ausgestreckt, "in keiner Weise den Tatsachen entspricht" und der neueste Anbiederungsversuch der Nationalsozialisten nur aus der Furcht zu verstehen sei, dass sie den Anschluss verlieren könnten "und vielleicht nicht nur diesen, sondern auch die Hintermänner, die die Hand auf dem Geldbeutel haben".

Diese Antwort ist unzweideutig. Wenn sie auch keine grundsätzliche Ablehnung einer Zusammenarbeit des Zentrums mit den Nationalsozialisten enthält und bei der Grundeinstellung des Zentrums nicht enthalten kann, so lässt sie doch den Schluss zu, dass die Zentrumspartei es bei dem gegenwärtigen Regierungsverhältnis belassen und Brüning sich weiterhin auf die Sozialdemokratie stützen will. Dafür liegen übrigens auch eine ganze Reihe anderer Anhaltspunkte vor, auf die näher einzugehen uns im Augenblick nicht angebracht erscheint. Wir sind uns dabei darüber im klaren, dass die gegenwärtige Einstellung des Zentrums und seines Reichskanzlers aus reinen Zweckmässigkeitsgründen erfolgt. Einmal, weil man auch im Zentrum der Ueberzeugung ist, dass der bevorstehende schwere Winter nicht in Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie überwunden werden kann, zum anderen aber auch aus der stetig wachsenden Erkenntnis, dass Hitler und Hugenberg heute keineswegs mehr eine reale Macht darstellen und nur parteilpolitische Motive, die Not in ihren Kassen und - wie die "Germania" es ganz richtig ausgedrückt hat - die Furcht, auch noch die letzten Geldmänner zu verlieren, die Ursachen des Dranges zur Futterkrippe bilden. Es hiesse das Zentrum verkennen, wenn man ihm unterstellen wollte, dass es in dieser Situation nichts anderes zu tun wüsste, als die wankende Position der "Nationalen Opposition", wie sich die Gesellschaft auf der Rechten wider besseres Wissen nennt, sei es nun so oder so, stabilisieren zu helfen. In dieser Situation dürfte auch das Zentrum den Hieb als die beste Parade betrachten. Aber wie dem auch sei: Wir denken jedenfalls so und werden darauf unser ganzes künftiges Handeln einstellen.

SPD. Paris, 18. August (Eig. Drahtb.)

Auf der Pariser Kolonialausstellung wurde am Dienstag als Ersatz für den Ende Juni abgebrannten holländischen Pavillon ein neuer Pavillon eingeweiht. Die Holländer haben mit dem Bau des Ausstellungsgebäudes, der sechs Wochen gedauert hat, eine Rekordleistung vollbracht. Der Pavillon bedeckt eine Fläche von 4000 Quadratmetern und hat eine Fassade von 92 Metern Länge. Für die Innenausschmückung hat die Königin von Holland einen grossen Teil ihrer ostasiatischen Sammlung zur Verfügung gestellt. Die kostbaren Kunstschatze, die in dem alten Pavillon ausgestellt waren, sind seinerzeit dem Brande zum Opfer gefallen.

SPD. In den führenden Kreisen der KPD herrscht nach dem unerwarteten Wählerstreik vom 9. August Katzenjammerstimmung, die durch die Ungewissheit der in Aussicht gestellten Moskauer Bannbullen und durch den katastrophalen Rückgang der Beiträge und sonstigen Partei-Einnahmen vermehrt wird. Das auf Illegalität umgestellte Zentralkomitee hat sich in diesen Tagen vor der Exekutive der Komintern zu verantworten. Sowohl die Richtung des Usurpators Neumann wie die des auf den "Altenteil verdrängten" Thälmann ist zur Stelle, um die grössere Kreditwürdigkeit für die weiteren Rubelsubventionen zu beweisen.

In dem KPD-Laden herrscht angesichts des Rückgangs der Beiträge grosse Ebbe. Die Ortsgruppen streiken. Die Bezirksleitungen sitzen vollkommen auf dem Trockenen. Sie führen fast nichts mehr ab. Gesichert sind nur die Einkommen derjenigen KPD-Angestellten, die ein Mandat bekleiden. Sie erhalten

regelmässig ihr Gehalt vom Staat in Form von Diäten. Zum organisatorischen Durcheinander gesellt sich das ideologische Chaos. Ortsgruppen auf Ortsgruppen zerfallen, weil die ehrenamtlichen Funktionäre die Arbeit eingestellt haben. Die empörten Mitglieder erleben, wie ein Ultraradikalinski nach dem anderen sich aus dem Staube macht und vielfach ins faschistische Lager überläuft. So meldet die oppositionelle "Arbeiterpolitik" jetzt wieder aus Schlesien, dass der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Richard Scholz bei den Nazis gelandet sei und sich bereits auf einer Tournee gegen die KPD befindet. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

SPD. Basel, 18. August (Eig. Drahtb.)

Die Baseler Stillhalte-Verhandlungen haben am Dienstag neue Schwierigkeiten ergeben. Die strittigen Punkte bilden die Frage der Markguthaben der ausländischen Banken in Deutschland und die Frage der Dauer der Verlängerung der Kredite.

Die Markguthaben der ausländischen Banken in Deutschland betrugen am 13. Juli einige hundert Millionen Mark. Die Dauer der Verlängerung der Kredite wurde auf 6 Monate festgesetzt, gerechnet vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens und zwar unter der Bedingung, dass der Kredit von 100 Millionen Dollar, den die Internationale Bank, die Bank von Frankreich, die Bank von England und die Federal Reserve-Bank der Reichsbank gewährt haben, am Fälligkeitstermin um 3 Monate verlängert wird. Wenn die Zentralbanken den Kredit nicht erneuern, so gewinnen die Bankiers ihre Handlungsfreiheit zurück. Deshalb verlangte die Reichsbank eine formelle Zusicherung der Zentralbanken, dass der Kredit erneuert wird. Die Zentralbanken dürfen jedoch gemäss ihren Statuten keine Kredite für mehr als 3 Monate gewähren, sodass es für sie schwierig ist, eine formelle Verpflichtung einzugehen. Ihre Vertreter gaben jedoch zu verstehen, dass sie bereit seien, den Kredit zu erneuern.

Dazu berichtet die "Neue Züricher Zeitung": Die Unterzeichnung des Berichtes der Experten, die für Dienstag-Nachmittag um 2,30 Uhr vorgesehen war, ist um einige Stunden verschoben worden, da man den Ausgang der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bankiers und den deutschen Delegierten über zwei noch schwebende Fragen abwarten will. Die Verhandlungen wurden am Dienstag von 11 bis 13 Uhr fortgesetzt, blieben jedoch erfolglos. Sollte ein Abkommen nicht erzielt werden, so wird das Expertenkomitee seinem Bericht eine Empfehlung zur Lösung der beiden schwebenden Probleme beifügen. Die Abfassung dieses Teiles des Berichtes ist noch im Gange. In den Kreisen des Expertenkomitees wird erklärt, dass sich die Verhandlungen in einer überaus freundschaftlichen Atmosphäre abspielten.

"Wir haben alle, so erklärte nach der "Neuen Züricher Zeitung" einer der Experten, volles Verständnis für die Schwierigkeiten Deutschlands, und wir haben auch Beweise eines weitgehenden Entgegenkommens an den Tag gelegt. Die Regelung der schwebenden Fragen setzt voraus, dass Vertrauen vorhanden ist. In dieser Hinsicht haben uns die Verhandlungsmethoden der deutschen Delegierten überrascht. Wenn wir Vertrauen zu Deutschland haben sollen, so wird man andererseits auch von seinen Vertretern verlangen müssen, dass sie Vertrauen gegenüber den Finanzleuten bekunden, die in eine Stundung von mehr als fünf Milliarden kurzfristiger Kredite einwilligten und vor der Tatsache stehen, dass ihnen Markguthaben im Betrage von annähernd 700 Millionen seit dem 13. Juli gesperrt wurden. Wir glauben immer noch, dass wir dank einer Intervention Dr. Luthers ein Gentleman Agreement in der Frage der Markguthaben und der Erneuerung des 100 Millionen Dollar-Kredits der Zentralbanken und der BIZ an die deutsche Reichsbank erzielen werden."

SPD. London, 18. August (Eig. Drahtb.)

Das Luftschiff "Graf Zeppelin" traf am Dienstag gegen sieben Uhr in Hanworth, einem Flughafen in der Nähe von London ein. Vor der Landung besuchte das Schiff die englische Hauptstadt. Auf dem Flugplatz war die deutsche Flagge gehisst, bei der Landung ertönte das Deutschlandlied. Gegen neun Uhr startete das Schiff zu einem 24stündigen Rundflug über England. An der Fahrt nahmen 24 Passagiere teil, die in der Mehrzahl 600 Mark für die 24stündige Reise gezahlt haben.

-----

SPD. Der Prozess gegen die nationalsozialistischen Rowdies vom Sturm 33 in Berlin-Moabit geht schneller zu Ende, als man bisher angenommen hatte. Schon am Donnerstag mittag werden die Plaidoyers beginnen.

Wenn man die letzten Tage der Beweisaufnahme zusammenfasst, so ergeben sich weitere katastrophale Niederlagen der angeklagten Strassenbanditen vom Sturm 33 und ihrer Verteidiger, die in einer geradezu bemitleidenswerten Lage an ihre Plaidoyers herangehen müssen. Da sins u.a. die geradezu sensationellen Aussagen der Schwestern Krüger, der Freundinnen der Angeklagten Becker und Neubert, wohl auch heute noch Nationalsozialistinnen, die trotzdem feststellen dass die Mannen vom Sturm 33 einen regelrechten Bereitschaftsdienst zum Ueberfall auf politische Gegner aufgezogen hatten. Was der Sturm 33 konnte, werden sich sicherlich auch die anderen Stürme der NSDAP geleistet haben, beziehungsweise noch leisten. Hier erklärt sich wahrscheinlich die Beobachtung, dass die Nazis bei ihren Ueberfällen auf politisch Andersgesinnte stets nach genauem Plan zu arbeiten pflegen. Die gleichsam einexerzierten Totschlagsaktionen der hakenkreuzlerischen Banden scheinen also in diesen "Bereitschaftstrupps" der SA festgelegt und ausgeknobelt zu werden. Sehr bedeutungsvoll ist auch die Aussage des als Zeuge vernommenen Landgerichtsdirektors Schmitz, der über die Qualitäten des Angeklagten Pint vernommen wird. Schmitz kennt Pint, der seine Komplizen erheblich belastet hat und deshalb als Spitzel verschrien wird, aus einem anderen Nazi-Prozess her. Der Richter macht die aufsehererregende Bekundung, dass Pint seiner Ansicht nach noch längst nicht alles von dem gesagt hat, was er weiss. Der Landgerichtsdirektor glaubt also, dass Pint, wahrscheinlich doch aus Furcht vor ihm angedrohten "Abreibungen" seiner Kameraden, nicht mit der vollen Wahrheit herausrückt. Der Angeklagte Foyer, der sich die Palme der Unzurechnungsfähigkeit erkämpfen möchte, erlitt durch das Sachverständigengutachten des Wittenauer Anstaltarztes Dr. Waldow eine schwere Enttäuschung. Der Arzt, der Foyer in der Irrenanstalt Wittenau längere Zeit beobachten konnte, billigt ihm in keiner Beziehung den rettenden Paragraphen 51 zu. Er hält einen so weitgehenden Erinnerungsverlust, wie ihn der Angeklagte vortäuschen will, für nicht möglich und betont, dass die sehr genauen Angaben, die Foyer früher über sein Verhalten am Abend des Ueberfalls gemacht habe, dieser These entschieden widersprechen.

Die Verteidiger versuchen zu retten, was zu retten ist und nehmen den Sachverständigen, der schliesslich nur seine Pflicht erfüllt, in eine Art Kreuzverhör, das natürlich völlig negativ verläuft. Der als Zeuge vernommene Vater des Angeklagten Pint stellt fest, dass sein Sohn immer geistig erheblich unter Durchschnitt gewesen sei. Vielleicht erklärt sich hieraus, weshalb er zum Nationalsozialismus gekommen ist. Die Angeklagten - immerhin angehende Mörder - befinden sich übrigens in der angeregtesten Stimmung, lassen sich von ihrem Verteidiger Kanecke die neuesten Nummern von Nazi-Blättern reichen, lesen schmunzeln einen Hymnus auf ihre Heldentaten und machen sich in der unverblümtesten Weise über Gericht und missliebige Zeugen lustig. Das sind die Folgen der geradezu schamlosen Hetze, die die Reporter des Naziblattes gegen Richter und Staatsanwalt dieses Prozesses betreiben. Dieselben Leute übrigens, die uns immer unsachliche Kritik an den deutschen Richtern vorzuwerfen pflegen!

-----

SPD. Bochum, 18. August (Eig. Drahtb.)

Das Oberbergamt hat als Aufsichtsbehörde den Einspruch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gegen das Ergebnis der letzten Arbeitskammerwahlen für den Ruhrbergbau zurückgewiesen. Die von den Nationalsozialisten aufgestellte Liste wurde seinerzeit für ungültig erklärt. In der Begründung des ablehnenden Bescheids verweist das Oberbergamt auf den § 13 der Wahlordnung, nach dessen Bestimmungen gegen die Entscheidung des Wahlkommissars Einspruch beim Wahlausschuss erhoben werden muss. Das sei seitens der Nationalsozialisten nicht geschehen.

An zweiter Stelle der nationalsozialistischen Liste stand seinerzeit ein gewisser Hilmar Bach, SA-Mann und NS-Organisator. Unmittelbar nach den Wahlen trat Bach zur KPD über, für die er jetzt kommunistische Betriebszellen organisiert.

=====

SPD. Der Berliner Oberbürgermeister hat sich am Dienstag unter dem Druck des Oberpräsidenten von Berlin und Brandenburg bereit erklären müssen, die Gehälter der Berliner Beamten den Sätzen der Reichs- und Staats-Beamten anzugleichen. Oberbürgermeister Sahm hatte gegen diese Forderung bisher protestiert und ein beim Obergerverwaltungsgericht gebildetes Schiedsgericht gegen den Oberpräsidenten angerufen. Der Oberpräsident hat nunmehr die Zahlung von Beihilfen an die Stadt Berlin aus dem durch die Notverordnung vom 5. Juli gebildeten Fonds davon abhängig gemacht, dass die Stadt ihren Widerspruch gegen diese Anweisung unverzüglich aufgibt. Dem hat der Oberbürgermeister am Dienstag entsprochen.

=====

SPD. Frankfurt/M., 18. August (Eig. Dr.)

Die Adler-Werke in Frankfurt am Main beabsichtigen bis zum 21. August von ihrer 2200 Mann starken Belegschaft 1200 bis 1400 Arbeiter zu entlassen. Das Werk begründet diese Massnahme mit der Absatzkrise auf dem Automobilmarkt und hofft, dass die Produktionseinschränkung nur auf einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen begrenzt werden kann. Die Adler-Werke beschäftigten in der Inflationszeit bis zu 7 000 Arbeiter.

=====

SPD. Der Gesamtverband hat am Dienstag zu dem Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter Stellung genommen. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Vorschlags des Reichsarbeitsministers fällt jedoch erst am Mittwoch nachmittag in den Tarifkommissionen des Verbandes, deren Mitglieder telegrafisch nach Berlin gerufen wurden.

Wie der Konflikt aus der Welt geschafft werden soll, ist im Augenblick noch reichlich dunkel. Von einer Entspannung der Atmosphäre ist absolut nichts zu spüren.

=====

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat am Dienstag zur Bekämpfung des politischen Rowdytums eine Massnahme ergriffen, die wir allgemein zur Nachahmung empfehlen. Er hat angeordnet, dass ein kommunistisches Verkehrslokal im Norden Berlin bis auf weiteres um 7 Uhr statt um 3 Uhr nachts zu schließen ist.

Diese Massnahme wird wie folgt begründet: In letzter Zeit ist wiederholt festgestellt worden, dass Schanklokale, die als Verkehrslokale radikalen Parteien und Organisationen dienen, Sammelplätze für politische Ruhestörer



darstellen, von denen politische Ruhestörungen, Zusammenstösse und Gewalttätigkeiten ihren Ausgang nehmen. Wirte, die einen derartigen Missbrauch ihrer Gaststätte dulden, führen dadurch Unzuträglichkeiten für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung herbei. In Zukunft wird der Polizeipräsident für solche Lokale den Beginn der Polizeistunde auf eine frühere Zeit festsetzen.

-----

SPD. Frankfurt/M., 18. August (Eig. Dr.)

Am 2. Oktober beginnt hier der Monstre-Prozess gegen die Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G. (Favag). Für die Verhandlungen ist ein besonders geräumiger Saal im alten Frankfurter Justizgebäude vorgesehen. Man rechnet mit einer grossen Anzahl auswärtiger Pressevertreter.

-----

SPD. Lüttich, 18. August (Eig. Bericht)

Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der deutschen, belgischen und holländischen Grenzlande haben auch in diesem Jahre wieder in einem Massenmeeting von eindringlicher Wucht ihren Friedenswillen bekundet. Dieser Verbrüderungsakt war diesmal von besonderer Bedeutung, weil er in Lüttich stattfand, gerade um dieselbe Zeit, da hier vor 17 Jahren in einem furchtbaren Belagerungskampf das Blut Tausender floss und die Welt zum ersten Mal erst erfuhr, was der moderne Materialkrieg bedeutet.

Der Verlauf des Tages war imposant. Ganz Lüttich glich einem Heerlager begeisterter Kämpfer für den Frieden. Die Zahl der Teilnehmer kann auf rund 30 000 geschätzt werden, allein 6000 Deutsche waren aus dem Aachener Grenzgebiet mit Extrazügen eingetroffen. Bei der grossen Kundgebung auf dem weiten Place de la Constitution im Mittelpunkt der Stadt sprachen vor einer unabsehbaren Menschenmenge unter Tausenden im Winde flatternden roten Fahnen Bondas und Paulis vom belgischen Gewerkschaftsbund, Polack von den holländischen Gewerkschaften und Reichstagsabgeordneter Böckler im Namen der deutschen freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft. Von allen Rednern wurde die Notwendigkeit europäischer Solidarität und Zusammenarbeit zur Ueberwindung der Krise und ernstlicher Abrüstung, die so oft versprochen worden sei, betont. Ueberall sei der Kampf gegen den nationalistischen Faschismus aufzunehmen.

In Achterreihen bewegte sich dann in Stunden langem Vorbeizuge ein Aufmarsch für den Frieden durch die Stadt, wobei besonders hervorgehoben zu werden verdient, dass überall in den Strassen die deutschen Arbeiter, die mit eigenen Musikkapellen erschienen waren, durch spontanes Händeklatschen von der Bevölkerung begrüsst wurden. In dem wundervoll auf den Höhen von Cointe gelegenen Stadion der Stadt, von wo man einen wundervollen Blick auf die Stadt hat, senkten sich dann noch einmal in ergreifendem Trauerakt die roten Fahnen der Proletarier dreier Länder vor den gefallen Opfern des Krieges. Mit internationalen Sportkämpfen fand der Tag sein Ende.

Die Reihe der Grenzlandkundgebungen, die mehr als die besten diplomatischen Reden die Mauern des Hasses, die die Völker von einander trennen, niederzureissen vermögen, soll im nächsten Jahre im holländischen Maastricht fortgesetzt werden.

-----

SPD. Der Wirtschaftsausschuss des Reichskabinetts und der von der Regierung eingesetzte Bankausschuss befassten sich am Dienstag in einer gemeinsamen mehrstündigen Sitzung mit der Frage der Bankaufsicht. Das Problem wurde zunächst einer allgemeinen Erörterung unterzogen. Die Beratungen sollen am nächsten Sonnabend fortgesetzt werden.

Während der Besprechungen fand ein Ministerrat statt, der sich mit dem Stand der Stillhalte-Verhandlungen in Basel beschäftigte.

-----

# Aus aller Welt

## Die Hölle im Ozean.

Wie lange noch Teufelsinsel? - Wieder Deportation von 100 Sträflingen - Grausame Fallbeilszenen.

SPD. Paris, 17. August (Eig. Ber.)

Dieser Tage verliess ein Transport von etwa 100 Sträflingen die an der französischen Ozeanküste gelegene Insel Ré. Das Ziel der Reise sind die drei der südamerikanischen Küste vorgelagerten Felseninseln der französischen Sträflingskolonie Cayenne: die Teufelsinsel, die Königsinsel und - die Heilsinsel. Schon vor Jahren, nachdem der Pariser Reporter Albert Londres über die furchtbaren klimatischen und allgemeinen Zustände in der französischen Sträflingskolonie aufmerksam gemacht hatte, sagte die französische Regierung die allmähliche Auflösung dieser organisierten Kulturschande zu. Aber vorläufig verliessen noch regelmässig alle zwei Jahre neue Cayenne-Transporte Europa.

### Der Kampf geht weiter.

Der Kampf um die Aufhebung der Strafkolonie ist nun in Frankreich von neuem entbrannt. Dieser Tage ist ein Pariser Arzt, Dr. Rousseau, nach zweijährigen Aufenthalt in Cayenne nach Frankreich zurückgekehrt und hat in einem Buch die Fülle des Materials gegen den unmenschlichen französischen Strafvollzug noch um ein neues Anlagewerk vermehrt. Von einem gewissen Interesse ist die Frage der Abschaffung oder Beibehaltung der Strafkolonie Guyana auch für Deutschland, denn zahlreiche Deutsche, die in Frankreich oder in nicht immer einwandfreier Justiz in den Diensten der französischen Fremdenlegion verurteilt wurden, gehen hier unter einem barbarischen Strafvollzug einem raschen und sicheren Tode entgegen.

Auch unter den Deportierten des 17. August ist ein Deutscher. Es ist der aus Plauen im Vogtland stammende deutsche Staatsangehörige Karl Fulle, der vor etwa Jahresfrist vom Schwurgericht Strassburg wegen Mordes zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden war. Fulle hatte gemeinsam mit seiner Geliebten, der 25jährigen Leonie Scheibel, auf der Strasse von Strassburg nach Ober-Ehnheim einen Automobilchauffeur überfallen, durch einen Revolverschuss in den Hinterkopf getötet und beraubt. In einem kleinen Pariser Hotel wurde das Paar nach kurzer Zeit entdeckt und verhaftet.

### Statistik des Grauens.

In der französischen Strafkolonie Cayenne befinden sich ständig gegen sechstausend Sträflinge, jedes Jahr sterben gegen sechshundert, jedes Jahr kommen sechshundert neue Gefangene hinzu. Alle Menschenrassen findet man dort vertreten; neben Franzosen und Deutschen auch Neger, Marokkaner und Indochinesen. Ziemlich häufig sind Morde unter den Sträflingen. Alle derartigen Fälle werden nicht im Wege des ordentlichen Gerichts, sondern durch Disziplinarverfahren geregelt. So geschieht das Unmögliche: in der französischen Strafkolonie können sogar Angeklagte auf dem Disziplinarwege zum Tode verurteilt werden. Ein eigener Scharfrichter, meist selbst ein Sträfling, übernimmt das Amt, diesem mittelalterlichen Verfahren "Gerechtigkeit" zukommen zu lassen. Erst in jüngster Zeit musste der Sträfling-Scharfrichter zweimal seines Amtes walten.

### Todesurteil auf dem Disziplinarweg!

Ein Sträfling namens Hespel war zum Tode verurteilt worden (durch die Disziplinarkommission!), weil er seinen Mitgefangenen Lanoe wegen eines geringen

fügigen Streites ermordet hatte. Hespel, der wegen seines Zynismus bekannt war, erbat als letzte Gunst die Erlaubnis, das Fallbeil selbst aufrichten zu dürfen! Diese Arbeit war ihm übrigens vertraut, denn sechs Jahre hindurch hatte er selbst die Rolle des Scharfrichters gespielt. Aber das Ansuchen wurde ihm abgeschlagen. Die letzte Nacht verbrachte der Delinquent bei einem schmackhaften Mahl. Als am Morgen der Gefängnisdirektor in die Zelle trat, war Hespel vollkommen betrunken. Er taumelte den kurzen Weg bis an das Fallbeil, besah es sich genau und wandte sich dann an den Sträfling=Scharfrichter mit den Worten: "Nun, alles in Ordnung?" - "Beunruhige dich nicht", meinte der andere, "es ist nichts zu befürchten..." Und man warf den Delinquenten auf das Brett. Wenige Sekunden später war das Urteil vollzogen- - -.

"Ich danke für Ihre Freundlichkeit - -"

Zehn Minuten danach kam der zweite Mörder, ein Mann namens Delhomme, an die Reihe. Er hatte einen Holzfuss und humpelte mit Krücken an das Fallbeil heran. Trotz dieses invaliden Aeusseren besass Delhomme die Körperkraft eines Riesen. Als man ihn vor der Hinrichtung fragte, ob er noch etwas essen wollte, bejahte er es. "Machen Sie die Handfesseln los", sagte der Oberaufseher zu dem Sträfling=Scharfrichter. "Nicht nötig", erwiderte Delhomme und riss mit einem Ruck die Fesseln auseinander. Nach dem Essen aber liess er sich willig die Handfesseln wieder anlegen. Er bat den Gouverneur der Strafanstalt um Verzeihung. "Bereuen Sie aufrichtig Ihre Tat?" fragte darauf der Gefängnisdirektor. Delhomme erwiderte: "Ich will sterben und habe bereits um Verzeihung gebeten. Ist das nicht genug?" Dann wandte er sich an die Umstehenden: "Meine Herren", sagte er, "ich glaube, dass wir uns nichts mehr zu sagen haben... Ich bin bereit..."

Trotz seines Holzbeines bestieg er ohne Hilfe die Treppe, die zu dem Schaffott führt. Dort warf er die Krücken von sich und liess sich ohne Widerstand auf dem Brett festschnallen. Seine letzten Worte waren: "Herr Gouverneur, ich danke Ihnen für Ihre Freundlichkeit..."; den Rest des Satzes schnitt das Geräusch des herabsausenden Fallbeils ab....

So starb Delhomme, der einen Vertreter der Schiffsgesellschaft Saint-Laurent=du=Maroni ermordet hatte....

+ + +

Bankraub in Berlin. Am Dienstag mittag wurde auf die Berlin=Schöneberger Reichsbankfiliale in der Innsbrucker Strasse ein aussergewöhnlich dreister Raubüberfall verübt. Zwei Männer, von denen der eine maskiert war, drangen in den Geschäftsraum ein, riefen gebieterisch "Hände hoch oder wir schiessen!" und gaben bereits in der nächsten Sekunde mehrere Schüsse ab, durch die aber zunächst niemand getroffen wurde. Als derjenige der beiden Verbrecher, der keine Maske trug, über den Kassentisch sprang, warf sich ihm der Kassierer Kruse, unterstützt von dem Obergeldzähler Kreye, entgegen. Es kam zu einem erbitterten Ringen, wobei die Räuber abermals von der Waffe Gebrauch machten. Von einem Bauchschuss getroffen brach Kreye besinnungslos zusammen. Diesen Augenblick konnte der unmaskierte Verbrecher trotz des Widerstandes des Kassierers zu einem tiefen Griff in den Kassenschrank benutzen. Er erbeutete 20 000 Mark, sprang über den Kassentisch und entfloh gemeinsam mit seinem Komplizen per Fahrrad. Kruse holte einen Revolver, bestieg ein Taxi und forderte den Chauffeur auf, die flüchtigen Verbrecher zu verfolgen. Unglücklicherweise kam der im Wagen stehende Kassierer bei einer Kurve zu Fall; ein Schuss, der sich hierbei aus der Waffe löste, traf den Chauffeur in den Arm, sodass die Verfolgung aufgegeben werden musste. Auf diese Weise sind die Bankräuber zunächst entkommen. Auf ihre Ergreifung hat die Reichsbank 3 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

+ + +

Grauenhafter Freitod. In Recklinghausen nahm sich eine Kaufmannsehefrau das Leben, indem sie sich mit Petroleum übergoss und selbst anzündete. Die Unglückliche wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht, wo sie nach wenigen Stunden starb.

+ + +



Dewaheim-Jeppel haftunfähig? Die Berliner Rechtsanwälte Dr. Haucke und Pindar haben als Verteidiger des verhafteten Dewaheim-Generaldirektors Jeppel für ihren Mandanten Haftentlassungsantrag gestellt. In der Begründung zu diesem Antrag heisst es, dass Jeppel nicht mehr haftfähig sei. Bereits vor seiner Verhaftung habe er an einer schweren Krankheit gelitten. Ausserdem liege Verdunkelungsgefahr nicht mehr vor, da Jeppel den von der Staatsanwaltschaft ermittelten Tatbestand zugebe.

Zu diesen Ermittlungen gehört auch, dass Jeppel vor kurzem erst an den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Deuzag, Rechtsanwalt Dr. Brandes in Mülheim/Ruhr, einen sehr erheblichen aus Spareinlagen stammenden Geldbetrag ohne eine zwingende Verpflichtung überwies. Rechtsanwalt Brandes, der auf diese Summe keinerlei Anspruch hatte, soll den Betrag zur Wiederbeschaffung fehlender Anwaltsgehälter benötigt haben. Brandes spielte in der rechtsradikalen Bewegung eine wichtige Rolle. Er war der Verteidiger der schleswig-holsteinischen Bombenleger.

+ + +  
Hauptmann Lenk beigesetzt. Am Dienstag erfolgte in Stargard die Beisetzung des ermordeten Berliner Polizeihauptmanns Lenk. Die Berliner Schutzpolizei war durch ihren Kommandeur Heimannsberg, einige Offiziere und zahlreiche Beamte vertreten. Fernernahmen an der Beisetzungsfeierlichkeit der Oberbürgermeister von Stargard, der Kommandeur der Stargarder Reichswehr, ein Vertreter des pommerschen Oberpräsidenten und der Stettiner Gausekretär des Reichsbanners schwarz-rot-gold teil. Berliner Schutzpolizisten feuerten eine Ehrensalve ab.

+ + +  
Gefängnisurteil gegen Rathje! Der deutsche Pilot Rathje von der deutsch-chinesischen Luftverkehrsgesellschaft Eurasia, der bei einem Flug von Peking nach Mandschuria auf mongolischem Gebiet beschossen wurde, notlanden musste und von mongolischen Soldaten verhaftet wurde, ist vom mongolischen Gericht in Urga wegen Spionageverdachts zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Funkermaschinist Kölber, der einen Beinschuss erhalten hat, liegt noch im Krankenhaus. Man weiss vorläufig noch nicht, wie das Urteil zustande gekommen ist. Soviel ist sicher, dass von berechtigtem Spionageverdacht nicht die Rede sein kann. Ungünstiges Wetter dürfte die Piloten zu ihrem an sich ungewöhnlichen Kurs über die Mongolei veranlasst haben. Es ist auch nicht ganz klar, was es in dem fraglichen Wüstengebiet zu spionieren geben soll. Vermutlich sprechen bei der Verurteilung Rathjes, dessen Maschine von den Mongolen beschlagnahmt worden ist, politische Gründe mit. Das deutsche Auswärtige Amt hat sich in der Angelegenheit an den deutschen Botschafter in Moskau gewandt. Der Botschafter soll die russische Regierung ersuchen, ihren Einfluss in dieser Sache bei der mongolischen Regierung geltend zu machen und ein Gnadengesuch für die beiden Flieger zu übermitteln. Eine andere Möglichkeit, die Flieger vor einer längeren Gefängnisstrafe in der Mongolei zu bewahren, gibt es vorläufig nicht.

+ + +  
Verurteilter "Politiker". Vom Schnellgericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte wurde am Dienstag der Maler Gustav Knispel wegen Beleidigung und Widerstand zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis und 5 Tage Haft verurteilt. Der Angeklagte hatte bei einer Hetzrede am Bülowplatz die Aeusserung getan: "Brüning, der Lump, und die ganze Bande müsste verrecken." Ferner bezeichnete der Angeklagte den Polizeibeamten, der ihn festnahm, als "Strolch", "Arbeitermörder" und "Bluthund".

+ + +  
Sturm über England. Bei einem orkanartigen Sturm über der Südküste Englands kamen durch Ertrinken 14 Personen ums Leben. In Winchelsea stehen zahlreiche Sommerhäuser tief unter Wasser. Ein Hotelgebäude ist eingestürzt.



Ein Mahn- und Warnruf.

Der Afa-Bundesvorstand zur Lage.

SPD. Die durch die Kreditkrise geschaffene neue Situation ist vom Afa-Bundesvorstand in eingehenden Beratungen erörtert worden. Das Ergebnis seiner Stellungnahme ist ein ernster Mahn- und Warnruf an die Regierung.

Der Bund verlangt zur Vermeidung von Wiederholungen ähnlicher Katastrophen auf dem Geld- und Kapitalmarkt, wie wir sie soeben schauerlich genug erlebt haben, beschleunigte Reform des Aktienrechtes, Schaffung einer durchgreifenden Monopolkontrolle, ständige Wirtschaftsprüfung und Errichtung eines zentralen Bankenamtes. Das Eingreifen des Reiches dürfe sich nicht auf die Sicherstellung privater kapitalistischer Interessen beschränken, es müsse vielmehr zu einer positiven Lenkung des Kapitalstroms nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten führen. Die Risikoübernahme durch die öffentliche Hand bedinge Einfluss und Kontrolle des Reiches über die sanierten Bank- und Industriebetriebe.

Der Afa-Bundesvorstand sieht mit der Wiederherstellung des technischen Bankverkehrs die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren noch keineswegs als überwunden an. Die durch die Juli-Krise noch vermehrte Massenerwerbslosigkeit verlange ausreichende soziale Unterstützung und die Bereitstellung der dazu erforderlichen Reichsmittel. Die Zusage der Reichsregierung, die in der Junii-Notverordnung enthaltenen Härten für die Sozial-, Kriegs- und Arbeitslosenrentner zu mildern, sei nun endlich einzulösen. Ebenso liege für die weitere Aufrechterhaltung der Notverordnung vom 18. Juli, die den Angestellten in Handel und Industrie eine Teilung ihrer bereits erarbeiteten monatlichen Gehaltsbezüge aufgezwungen habe, keinerlei Grund mehr vor, nachdem der Geld- und Kreditverkehr für die Unternehmungen wieder hergestellt sei. Gänzlich unhaltbar sei die Drosselung der Gemeindefinanzen, wie sie die Reichsregierung betreibe. Der hier beschrittene Weg müsse, wie die Ankündigungen des Städtetages zeigten, zur vollkommenen Verelendung der durch die kapitalistische Misswirtschaft in Not geratenen breiten Volksschichten führen. Völlig unmöglich sei der Eingriff in das Tarifrecht der öffentlichen Arbeitnehmer in den Kommunen. Der Kampf der Gemeindearbeiter werde alle freien Gewerkschaften in solidarischer Verbundenheit mit ihrer Gewerkschaft finden.

Eine Entspannung der Wirtschaftskrise ist nach der Auffassung des Afa-Bundes nur durch einen sichtbaren Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zu erzielen. Jeder weitere Lohnabbau - betont der Bund mit besonderem Nachdruck - ist untragbar, solange die wiederholt versprochene Preissenkung für Lebensmittel und für die Grundstoffe der industriellen Produktion nicht wirklich durchgeführt ist; dabei wird die Regierung um einen entscheidenden Eingriff in die Kartellgewalten nicht herumkommen. Ebenso hat sich die anhaltende einseitige Begünstigung der Grosslandwirtschaft als ein schweres Verhängnis erwiesen und erfordert eine entschiedene Abkehr von der bisherigen Agrarpolitik mit ihren hohen Zöllen. Die Angestellten und Arbeiter sind nicht länger gewillt, immer neue Opfer zu bringen, wenn nun wiederum versucht werden sollte, durch weiteren Sozialabbau, Lohndruck und weitere steuerliche Massenbelastung ihnen die Kosten einer Krise aufzuerlegen, die einzig und allein dem Versagen der Wirtschaftsführung zur Last fällt.

Der Afa-Bund lenkt die Aufmerksamkeit der Angestellten auf die Tatsache, dass die der deutschen Wirtschaft verlorengegangenen 3 bis 4 Milliarden Auslandskredite auf dem Wege der nationalen Selbsthilfe nicht ausgeglichen werden können, ohne dass Angestellte und Arbeiter einem weiteren Lohnabbau und damit einer unerträglichen Senkung ihrer ohnehin dürftigen Lebenshaltung ausgesetzt werden. Internationale Finanzhilfe sei für Deutschland unerlässliche Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft und Entlastung des Arbeitsmarktes. Eine aktive Aussenpolitik im Sinne der Völkerverständigung sei daher dringend nötig, in erster Linie eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich.

Die freien Gewerkschaften - so schliesst der Afa-Bund seinen Warnruf - müssen es ablehnen, die Verantwortung für die Folgen weiterer Verelendung zu tragen, wenn ihre zur Entspannung der Wirtschaftskrise wiederholt gemachten Vorschläge von der Reichsregierung nicht beachtet werden. Der Afa-Bundesvorstand wird die erforderlichen Massnahmen treffen, um die Angestellten für die ihnen aufgezwungenen sozialen Kämpfe zu aktivieren.

SPD. Thomas Shaw, der internationale Sekretär der Textilarbeiterinternationale hat sich bereits am Dienstag vom Internationalen Textilarbeiterkongress verabschiedet, da ihn dringliche Arbeiten der Labour-Regierung nach England zurückrufen. Der Abschied war überaus herzlich. Nicht viele Worte waren dabei zu hören, wohl aber war eine Atmosphäre wahrer Freundschaft zu spüren, einer Freundschaft, die, wie man hoffen darf, auf die Dauer sich noch segensreich in der internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterschaft auswirken wird.

Die internationale Zusammenarbeit - darin waren sich die Führer der Textilarbeiterinternationale Tom Shaw, Ben Turner, der Veteran der Internationale, und Schrader, der Vorsitzende des deutschen Verbands, durchaus einig - ist nicht zuletzt durch persönliche Fühlungnahme mit den noch abseits stehenden Textilarbeitern zu schaffen. Neben dem persönlichen Kontakt, betonte Tom Shaw, verlange die internationale Gewerkschaftsarbeit gründliche wissenschaftliche und organisatorische Kenntnisse. Er hoffe, dass, sobald die Verhältnisse sich etwas bessern, in dieser Richtung die Gewerkschaftsarbeit ausgebaut werden könne. Beamtensam sei, dass die Krise nunmehr bereits auch den fernen Osten erfasst habe. Man müsse deshalb die dortige Entwicklung mit Aufmerksamkeit verfolgen. Bedauerlicherweise habe sich die Hoffnung, dass Indien sich anschliesse, infolge der politischen Lage noch nicht erfüllt. Mit Italien bestehe so gut wie keine Fühlung und in Amerika herrschten in der Textilindustrie eingenartige Verhältnisse. Die Unternehmer des Nordens verlegten die Betriebe nach dem unorganisierten Süden. Die Versuche, die dortigen Textilarbeiter gewerkschaftlich zu erfassen, seien zunächst gescheitert.

Shaws Mitteilung, er werde, wenn die britische Labour-Regierung die Neuwahlen überdauere, sein Regierungsamt niederlegen, um seine ganze Kraft der Internationale widmen zu können, vom Kongress mit grossem Beifall aufgenommen.

Ueber den Ausbau der Lohnstatistik sprach Roscher-Tschechoslowakei. Eine gute Lohnstatistik sei ein wichtiges Instrument für eine erfolgreiche Durchführung von Lohnkämpfen; denn der Arbeitslohn sei nun einmal das Fundament der Arbeiterexistenz. Da die Arbeitgeber vielfach mit falschen Angaben über die Lohnverhältnisse des Auslandes operierten, sei ein Austausch der nationaler Lohnstatistiken erforderlich. Der Aufbau der Lohnsätze der reichsdeutschen Organisationen sei eine gute Arbeit; sie zeuge von grosser Sachkenntnis.

Feinhals-Deutschland, der Leiter der lohnpolitischen Abteilung des Textilarbeiterverbandes, stimmte Roscher darin zu, dass die Länder eingehendere Lohnstatistiken aufstellen müssen. Vor allem seien Aufstellungen über die

Akkordlöhne notwendig. Für kleinere Länder seien solche Erhebungen natürlich etwas kostspielig. Dennoch dürfe man nicht zurückschrecken. In den deutschsprechenden Ländern seien Lohnerhebungen wiederholt von grossem Nutzen gewesen. Freilich sei die Organisation solcher Erhebungen keineswegs einfach. Die Lohnerhebung sei heute bereits eine Wissenschaft. Alles Mögliche müsse bei ihr berücksichtigt werden. Bei der Aufstellung über die effektiven Verdienste seien z.B. auch die Leistungen des Arbeiters in Betracht zu ziehen. Von England sei bedauerlicherweise lohnstatistisches Material nur sehr schwer zu erhalten. Die Engländer hätten allem Anschein nach eine chinesische Mauer um sich herum errichtet. Roscher verlange auch eine Prüfung der Lebensmittelindexzahlen in den einzelnen Ländern. Das sei einstweilen zu schwierig, denn das gelinge kaum den Behörden. Die Verhältnisse seien eben überall sehr verschieden, und deshalb seien Vergleiche nicht leicht. Schon die Bezeichnungen der einzelnen Artikel, die in den verschiedenen Branchen hergestellt werden, gingen auseinander. Da die kommenden Tarifverhandlungen sicherlich sich schwierig gestalten würden, sei der Ausbau der Lohnstatistik umso notwendiger. Man brauche in den kommenden Kämpfen einen festen Boden, von dem aus man fechten könne.

Neasnith-England betont, die Angabe allgemeiner Ziffern sei ungeheuer schwer da z.B. in Lancashire in den einzelnen Distrikten, ja in den einzelnen Fabriken die Bewertungen differieren. In England seien die Verhältnisse ausserordentlich unübersichtlich. Neasnith schlägt daher vor, die von Roscher vorgelegte Entschliessung zur Lohnfrage in der Form zu ändern, dass statt "genaue" "zuverlässige" Lohnstatistiken verlangt werden.

---

SPD. In der Kalksandsteinindustrie ist eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der die regelmässige Arbeitszeit 40 Stunden wöchentlich beträgt und die zur Aufrechterhaltung des geregelten Betriebes notwendigen Ueberstunden in der gleichen, spätestens in der folgenden Woche abgefeiert werden müssen. Jeder Betrieb ist verpflichtet, entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in gleichem Ausmasse neue Arbeitskräfte einzustellen. Diese Vereinbarung ist allen Bezirks- und Ortsverbänden sowie den Einzelwerken zur Zustimmung dringend empfohlen worden.

In der Zementindustrie konnte ebenfalls in einer Reihe von Betrieben die 40 stündige Arbeitswoche unter Neueinstellung von Arbeitern eingeführt werden.

---

SPD. An der schlechten Finanzlage der Gemeinden sind, wenn man die Rechtspresse hört, die Löhne der Gemeindearbeiter schuld. Nun, das Defizit der Gemeindeverwaltungen beträgt zurzeit rund 800 Millionen und die Lohnsumme aller Gemeindearbeiter etwa 750 Millionen Mark. Wenn die bisher gemachten Abbauvorschläge durchgeführt würden, dann könnten vielleicht 40 Millionen eingespart werden. - Schon diese Zahlen zeigen, was vom Gerade der überhöhten Löhne der Gemeindearbeiter zu halten ist. Die Wahrheit ist einfach: erst hetzte man gegen die Beamten, dann besonders gegen die Kommunalbeamten und schliesslich gegen die Gemeindearbeiter. Es soll ihnen zu gut gehen. Um das zu beweisen, vergleicht man sie andauernd mit den Reichsarbeitern. Wie sinnlos das ist, zeigt schon der Hinweis auf die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerkarbeiter, Strassenbahner usw., denen gar keine vergleichbaren Reichsarbeiter gegenüberstehen. Aber man braucht eben wieder einmal einen Sündenbock, und man will wieder einmal auf Kosten der Kleinen sanieren.

---

## Der Industrieauskandal.

(Wie der Finanzminister des Stahlhelms über den Löffel balbiert wurde.)

SPD. Als der Generaldirektor der A.G. für Verkehrswesen, des grössten Kleinbahntrusts in Deutschland, daran ging, seinen Konzern auch zum grössten Bauunternehmen zu machen, stiess er u.a. auf den sogenannten Industriebaukonzern. Dieser Konzern war im Besitz des Spritkonzerns (Schultheiss-Ostwerke-Schlesische Zement). Hier herrscht Ludwig Katzenellenbogen, vielgenannt und vielbekannt. Mit dem Industriebau hat Lübbert, den der Stahlhelm einmal als den kommenden Finanzminister proklamierte, sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Er gab zu, bei diesem Geschäft nach Strich und Faden reingelegt worden zu sein und in der Generalversammlung wurde u.a. gegenüber den Verkäufern der Vorwurf der Bilanzfälschung erhoben. Die Sache kam an die Gerichte, wurde zu einem Skandal, der nicht nur Verkäufer und Käufer der Industriebau interessiert.

Das jetzt vorliegende Urteil im Industriebauprozess, durch das Schlesische Zement verurteilt wird, an die A.G. für Verkehrswesen 3 Mill. Mark Verkehrswesenaktien wieder herauszugeben und zunächst 300 000 Mark in bar zu zahlen, zeigt, dass der Industrieauskandal um nichts geringer ist, als der Favag- und Nordwolleskandal. Jahrelang ist hier statt schaffender Arbeit Aktienspekulation übelster Art getrieben, sind Gewinne gebucht und aktiviert worden, die niemals vorhanden waren, und Dividenden ausgeschüttet, die nie verdient worden sind. In dem Urteil stellt das Gericht fest, dass die in den Jahren 1926, 1927, 1928 ausgewiesenen Gewinne zum weitaus überwiegenden Teil nicht aus Bauerträgen, sondern aus einmaligen Sondergewinnen stammten und dass die tatsächliche Rentabilität der Industriebau auch nicht zurzeit des Abschlusses des Aktiengeschäftes Verkehrswesen-Industriebau mit Schlesische Zement und den Grossbanken den Angaben der Schlesischen Zement entsprochen hat. Desgleichen ist die Angabe von Schlesische Zement über die Verhältnisse der Vorstandsmitglieder und ihre überhöhen, ungerechtfertigten Bezüge, so sagt das Gericht weiter, unvollständig und irreführend gewesen. Die Auskunfts- und Offenbarungspflicht habe umsomehr bestanden, als es sich um Personen gehandelt habe, die im Wirtschaftsleben eine führende und besonders angesehene Stellung einnahmen und daher von vornherein besonderes Vertrauen beanspruchen konnten, weiter wegen des Freundschafts- und Vertrauensverhältnisses der Verhandlungspartner, wegen der Unmöglichkeit einer eigenen Nachprüfung durch Verkehrswesen und der verlangten Wahrung der Diskretion.

Der Mann, der Erich Lübbert reinlegte, ist Ludwig Katzenellenbogen, der als Vertreter der Schlesischen Zement entscheidender Aufsichtsratsvorsitzender bei Industriebau war. Hier wird zu den Skandalen der letzten Wochen ein neuer gehäuft. Mit einer beispielslosen Unbedenklichkeit, die an die Lahusenaffäre erinnert, wurden jahrelang falsche Bilanzen aufgestellt und veröffentlicht, wurden mit geborgtem Geld für Industriebau eigene Aktien erworben, um den Kurs hochzutreiben und die Öffentlichkeit über den wirklichen Wert des Unternehmens zu täuschen.

Als sich bei der Revision die Unrichtigkeit der Bilanzen herausstellte, zog sich Katzenellenbogen schleunigst aus der Aufsichtsratsvorsitzendenrolle zurück, nicht ohne die unrechtmässig eingesteckten Tantiemen zu behalten und nicht wieder herauszugeben. Bei der Fusion der Industriebau mit Held & Franke wurden Finanzierungsgewinne gegen das Gesetz aktiviert. Das Gericht glaubt mit Recht der Aus-



rede nicht, dass ein Mann wie Katzenellenbogen, welcher alle Finanztransaktionen einleitete und entscheidend beeinflusste, nichts von der Art, der Höhe und dem Verbleib der Agiogewinne aus Fusionen und Kapitalserhöhungen gewusst haben soll. Katzenellenbogen hat, um es auf eine kurze Formel zu bringen, als er die Industriebauaktien durch eigenartige Verhandlungsmethoden verkaufte, gehandelt wie einer, der ein falsches Geldstück weitergibt, obwohl er weiss und gesehen haben muss, dass dieses Geldstück falsch ist.

Herrn v. Bentivegni, seinem Generaladjutanten, welcher in seinem Auftrag diese Verkaufsverhandlungen geführt hat und daraufhin Vorstandsmitglied von Schlesiische Zement wurde, bescheinigt das Gericht im Urteil, dass er vorsätzlich oder jedenfalls bedingt vorsätzlich gehandelt habe. Sein Verhalten verstosse gegen die guten Sitten, das heisst, gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht denkenden Leute. Mit dem Mangel an Fachkenntnissen auf dem Gebiete des Bauwesens, den v. Bentivegni als letzte Ausflucht benutzte, habe er sich nicht entschuldigen können, da es zu seiner Tätigkeit keiner bautechnischen Spezialkenntnisse bedurft habe.

Von dem Konzernrevisor Katzenellenbogens, Andrée, den Katzenellenbogen und v. Bentivegni den besten Revisor der Ostwerke Schultheiss-Patzenhofer genannt haben, sagt das Gericht, dass dieser bei der Anfertigung seines Berichts über die Prüfung der Generalbilanz vom 31. Dezember 1928 Angaben gemacht habe, deren Unvollständigkeit und irreführenden Sinn er gekannt hätte. Das Gericht spricht es deutlich und zwischen den Zeilen aus, dass Andrée im Auftrage Katzenellenbogens einen Bericht anzufertigen hatte, welcher darauf abgestellt war, den Verkauf der Industriebauaktien zu günstigen Bedingungen gelingen zu lassen.

Wir haben damit mehrere Proben aus dem Urteil gegeben und wir glauben, das müsste genügen, dass der Staatsanwalt endlich eingreift.

Im Übrigen zeigt der Industriebauskandal, wer die Wirtschaft ruiniert hat, die Gewerkschaften mit ihrer gerechten Lohnpolitik oder die Loderwirtschaft von Generaldiktatoren.

SPD. Die Reichsbank hat auch in der zweiten Augustwoche ihre Kreditgewährung weiter reduzieren können. Insgesamt sind die gewährten Kredite um 542,6 Millionen Mark auf 3306,8 Millionen Mark abgebaut worden. Die Summe der gewährten Kredite ist aber immer noch doppelt so hoch als im Vorjahre, wo sie nur 1596,4 Millionen Mark ausmachte.

Die über Ankauf von Reichsschatzwechseln gewährten Kredite in Höhe von 132,5 Millionen Mark, die der vorletzte Ausweis der Reichsbank noch auswies, sind völlig verschwunden. Die Wechselkredite haben sich um 358,7 Millionen Mark auf 3104 Millionen Mark verringert. Der Lombardkredit konnte um 67,7 Millionen auf 99,9 Millionen Mark abgebaut werden, womit ein normalerer Stand erreicht worden ist.

Die Bestände an Gold und Deckungsdevisen haben sich nur geringfügig erhöht. Allerdings lassen die Veränderungen auf anderen Konten vermuten, dass die Reichsbank ihren Zuwachs an Devisen nicht im ganzen Umfange offen ausweist, was selbstverständlich nicht ausschliesst, dass die Bank grössere Beträge, z.B. für Einfuhrzwecke abgegeben hat. Insgesamt haben sich die Goldbestände und die Deckungsdevisen um 10,6 Millionen Mark auf 1682,8 Millionen Mark erhöht. Die Goldbestände stiegen um etwa  $\frac{1}{2}$  Millionen Mark auf 1365,8 Millionen Mark und die Bestände an Deckungsdevisen um 9,8 Millionen Mark auf 317 Millionen Mark.

Der Rückfluss von Banknoten hat sich gesteigert. In der ersten Augustwoche ist der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen um 88,1 Millionen Mark zurückgegangen. In der zweiten Augustwoche erfolgte ein Rückgang im Ausmass von 144,1 Millionen Mark. Damit ist der Umlauf an Reichsbanknoten auf den Stand von 4237,3 Millionen Mark gesunken. Er betrug im Vorjahre, am 15. August 1930, 4229,1 Millionen Mark. Der Umlauf von Reichsbanknoten ist also nur wenig höher als im Vorjahre. Die angesichts der Wirtschaftslage festzu-

stellende Ueberhöhung von einigen Hundert Millionen dürfte sich u.a. durch Notenhamsterei erklären.

Unter Einfluss der Entwicklung konnte die Bank die Deckung von Noten von 38,2 Prozent in der Vorwoche auf 39,7 Prozent steigern.

SPD. Der Wirtschaftsausschuss der Reichsregierung hat am Dienstag nachmittag zum ersten Male den Sachverständigenausschuss zusammenberufen, mit dem er die Frage der Bankenkontrolle beraten will.

Wie man in der Oeffentlichkeit die Auswahl der Personen für diesen Sachverständigenausschuss mit durchaus gemischten Gefühlen entgegen genommen hat, so machten sich jetzt auch Stimmen bemerkbar, nach denen der Sachverständigenausschuss alles tun werde, um die von der Oeffentlichkeit geforderte Bankenkontrolle ins Harmlose abzubiegen. Dafür spricht, dass sich in diesem Ausschuss, mit Ausnahme des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Hilferding, durchweg Interessenten zusammen gefunden haben, die alles andere sind als Anhänger einer Gemeinwirtschaft. Immer wieder muss gefragt werden, aus welchem Grunde die Reichsregierung diese einseitige Auswahl getroffen hat? Es stehen doch Leute genug zur Verfügung, ausgezeichnete Sachkenner, wenn sie auch schließlich anders orientiert sind.

Die Tätigkeit des Sachverständigenausschusses kann sich natürlich nur darauf erstrecken, dass die einzelnen Mitglieder ihre Ansichten darlegen und dass sich die Regierung diese Ansichten anhört. Handeln muss die Regierung. Verantwortlich bleibt die Regierung. Darüber hilft kein Sachverständigenausschuss hinweg.

SPD. Ueber die Sanierung der Landesbank der Rheinprovinz, die später mit der neuen Rheinischen Girozentrale zu einer Gemeinschafts- und Einheitsbank verschmolzen werden soll, wird folgendes mitgeteilt:

Die bis einschliesslich 31. August fälligen Kredite werden zur Hälfte sofort, bzw. bei Fälligkeit seitens der Landesbank, zurückgezahlt. Für die andere Hälfte dieser Markforderungen kommt eine Stillhaltung auf 6 - 12 Monate in Frage. Zur Abdeckung der in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember fällig werdenden Markforderungen werden diejenigen Beträge verwandt, die aus Rückzahlungen von Debitoren herankommen; im übrigen werden bis zur Höhe von 50 % dieser Forderungen Schatzanweisungen des Reiches und des Preussischen Staates zur Verfügung gestellt. Für die restlichen Beträge verbleibt es auch hier bei der Stillhaltung.

Zur Durchführung dieser Massnahmen ist Staatsfinanzrat a.D. Weltzien, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Girozentrale - Deutschen Kommunalbank Berlin, von dem Preussischen Minister des Innern zum Staatskommissar für die Landesbank der Rheinprovinz bestellt worden.

SPD. Die Schwierigkeiten bei den Sparkassen während der Wochen der Finanzkrise haben natürlich zu Ueberlegungen geführt, wie man in kritischen Augenblicken Zahlungsstockungen vermeiden, also die Liquidität der Sparkassen heben kann.

Natürlich versuchen Interessentengruppen der Privatwirtschaft, die gegenwärtige Situation zu benutzen, um alte Forderungen durchzusetzen und die öffentliche Geldwirtschaft zurückzudrängen. Es handelt sich hier um Forderungen, die nicht im Interesse unserer Wirtschaft liegen. Demgegenüber betont der Vorstand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Spitzenorganisation der

deutschen Sparkassen, in einer Entschliessung, dass aufgrund der Erfahrungen der letzten Wochen die sich als notwendig ergebenden Massnahmen zur Förderung der Liquidität der angeschlossenen Geldinstitute beschleunigt durchzuführen sind. Man ist jedoch auch der Auffassung, dass eine ausreichende Sicherung der Liquidität der Sparkassen in Krisenzeiten nur dann gegeben ist, wenn auch die Sparkassen auf einen stärkeren Rückhalt bei der Reichsbank rechnen können. Es kommt hier vor allem der Ausbau des wechsellässigen Geschäfts in Frage. Ganz historisch hat sich bei der Reichsbank die durch die Wirtschaftsentwicklung seit langem überholte Auffassung herausgebildet, dass die Reichsbank mit ihrer Kredithilfe nur für die Privatwirtschaft da sei. Das nicht nur für die öffentliche Wirtschaft, sondern auch für das Gewerbe und die kleinen und mittleren Betriebe wichtige, ja ausschlaggebende Gebiet des öffentlichen Geldwesens, das zum grossen Teil bei den Sparkassen konzentriert ist, lässt man unberücksichtigt. Es handelt sich zweifellos bei der Reichsbank um einen Anachronismus, um eine unverantwortliche Veralterung, die möglichst schnell beseitigt werden muss. Nach dieser Richtung muss sich eine Reform der Sparkassen bewegen.

Von den 12 Milliarden Mark Einlagen bei den deutschen Sparkassen, die von 18 Millionen Sparern aufgebracht werden, sind rund 10 Milliarden Mark Spargelder, Einlagen auf Sparbücher. Der Rest ist sogenanntes Giralgeld. Im Kontokorrentverkehr entwickelt sich hier ein kurzfristiges Kreditgeschäft vorzugsweise mit kleinen Gewerbetreibenden, aber auch mit kleinen und mittleren Industriebetrieben. Wir sind überzeugt, dass dieses Personalkreditgeschäft für die Sparkassen nicht allzu rentabel ist. Das Geschäft hat aber wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung und man kann es schon begreifen, dass sich der Deutsche Sparkassen- und Giroverband entschlossen hat, sich gegen eine unnatürliche Einschränkung dieses Geschäftes mit allen Kräften zu wehren.

Gerade das kurzfristige Geschäft ist eine Garantie dafür, dass die Spargelder bei den Sparkassen liquide, also so angelegt werden, dass man sie immer schnell flüssig machen kann. Wenn das private Bankgewerbe die Sparkassenkrise benutzen will, um die Sparkassen von diesen "bankmässigen" Geschäften abzu drängen, dann wird in der Endwirkung gerade das Gegenteil erreicht; die Liquidität muss bei den Sparkassen dann zurückgehen. Anders liegt es bei dem langfristigen Geschäft, bei dem Hypothekengeschäft der Sparkassen. Man hat den Sparkassen nach der Inflation immer wieder gepredigt, dass dieses langfristige Geschäft ihr eigentliches Gebiet sei. Der Sparkassen- und Giroverband hat auch den Sparkassen empfohlen, die ihnen anvertrauten Einlagen bis zu 40 % langfristig anzulegen. Hier ist eine Flüssigmachung naturgemäss sehr schwer. In vielen Fällen sind die Sparkassen auch über die Grenze von 40 Prozent hinausgegangen und der Sparkassen- und Giroverband hält es jetzt für geboten, die langfristigen Hypotheken bei den Sparkassen allmählich wieder auf die Grenze von 40 Prozent zurückzuführen.

In der Öffentlichkeit wird für die in den vergangenen Wochen eingetretene Illiquidität der Sparkassen immer wieder der Kommunalkredit verantwortlich gemacht. Eine solche Auffassung steht im Gegensatz zu der tatsächlichen Entwicklung. Die deutschen Sparkassen haben von den Gesamteinlagen nur 17 % für die Kommunalkredite verwendet. Wenn man nur die Spareinlagen berücksichtigt, errechnet sich ein Satz von 24 % gegenüber in den Satzungen vorgesehene Grenze von 25 Prozent. Es soll zugegeben werden, dass diese Grenze der Gemeinden überschritten wurde. Einzelne Missgriffe dürfen aber nicht zu verfehlten Massnahmen führen und es wäre unsinnig, die Sparkassen von Kommunalkrediten zu trennen. Beide sind fast 100 Jahre eng verbunden. Die Spitzenorganisation wird darauf zu achten haben, dass die entsprechenden Satzungen für den Kommunalkredit überall innegehalten werden und man ist bereit, mit schweren Strafen gegen jede Ueberschreitung der Grenze vorzugehen.

Wenn sich aus dem Kommunalkredit Schwierigkeiten ergeben haben, dann beruht das auf der Stellungnahme der Reichsbank gegenüber der Liquiditätsreserve, die die Sparkassen satzungsgemäss in Höhe von 25 Prozent in mündelsicheren

Papieren, Anleihen von Gemeinden, Ländern, Provinzen und Reich, unterhalten müssen. Nach dem Gesetz sind diese Papiere von der Reichsbank zu beleihen. Die Reichsbank hat aber an der Praxis festgehalten, mit dem Lombardgeschäft zurückzuhalten. Es sind von der Reichsbank nur einzelne dieser Werte in der Liste derjenigen Papiere registriert, die sie beleiht. In den kritischen Tagen der jetzigen Krise hat die Reichsbank sich auch geweigert, hier überhaupt Lombardkredite zu geben. Zweifellos hat das die Situation bei den Sparkassen unnötigerweise verschlechtert und die Unruhe gesteigert. Die Sparkassenreform muss hier eine Aenderung bringen und den Sparkassen ihr Recht geben.

Ausser der erwähnten Liquiditätsreserve sind die Sparkassen gehalten, eine weitere Reserve in Höhe von 10 Prozent bei den Girozentralen, die die Sparkassen einer Provinz zusammenfassen, zu unterhalten. Die Praxis hat ergeben, dass diese Vorschrift für Krisenzeiten, wie wir sie in den letzten Wochen erlebt haben, bei weitem nicht genügt. Einmal verlangten die Sparkassen einen zu hohen Zins, was die Girozentrale wieder zwang, das Geld mit Fälligkeiten bis zu drei Monaten anzulegen. Wenn auch viele Girozentralen in der schlimmen Zeit der letzten Wochen die an sie gestellten Ansprüche durchaus befriedigen konnten, beweist das nichts gegen das Bedenkliche dieser Regelung. Der Sparkassen- und Giroverband hat die Frage erörtert, ob diese Liquiditätsreserve von 10 Prozent überhaupt genügt. Im übrigen ist man der Auffassung, dass hier die Beziehungen zwischen Girozentralen und Deutscher Girozentrale, die wieder die einzelnen Girozentralen zusammenfasst, geändert werden muss. Der aufnehmende Teil muss ohne Zweifel die Deutsche Girozentrale sein. Diese kann die bei ihr zusammenfliessenden Gelder der Reichsbank anvertrauen, um sich so den Weg zu der Kredit Hilfe der Reichsbank in Krisenzeiten zu öffnen. Voraussetzung ist jedoch dabei, dass sich die Reichsbank bereit erklärt, diese Gelder, entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit - Giralgelder werden bei der Reichsbank nicht verzinst, eine Ausnahme macht sie nur bei Beträgen z.B. der Arbeitslosenversicherung - zu verzinsen.

Das vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband entwickelte Programm hat schon Hand und Fuss. Wenn die Reichsbank Verständnis für das Wesen der öffentlichen Geldwirtschaft zeigt, leistet sie der Gesamtwirtschaft einen grossen Dienst und trägt dazu bei, das Vertrauen in den Sparserschichten wieder herzustellen.

## Berliner Viehmarkt.

(18. August)

SPD. Die Preissteigerungen auf dem Schweinemarkt während der letzten Märkte mussten in dem Augenblick ihr Ende finden, wo eine reichlichere Beschickung einsetzte. Das war am Dienstag der Fall. Unter den Eindruck des starken Auftriebs forderten die Verkäufer von vornherein weniger. Aber sie mussten die Ware nach unter diesen Forderungen abgeben, trotzdem der Handel am Anfang lebhaft einsetzte. Der Preisabschlag dürfte sich im Ausmass der Preissteigerungen auf dem letzten Markt bewegen. Auch der Kälbermarkt war diesmal reichlicher beschickt als das letzte Mal. Bei ziemlich regem Handel zogen die Preise jedoch an. Auf dem Hammelmarkt gab es zum Teil nachgebende Preise. Der Auftrieb genügte. Reichlich ausgefallen war auch die Zufuhr am Rindermarkt. Die Preiseinbussen waren erheblich.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 55-56 (58-59), c) (240-300 Pfd.) 55-56 (58-60) c) (200-240 Pfd.) 53-56 (57-60), d) (160-200 Pfd.) 50-54 (55-58) e) (120-160 Pfd.) 47-50 (53-54). Sauen 48-49 (52-53). Schafe: a) 48-50 (51-55) b) 48-53 (52-55), c) 40-47 (48-50), d) 25-35 (25-34). Kälber: b) 50-59 (50-58), c) 48-56 (45-55), d) 35-45 (30-42). Kühe: a) 32-36 (34-38), b) 26-30 (27-33), c) 21-24 (23-26), d) 15-20 (18-22).

# Abgestoppt.

(Berliner Getreidebörse vom 18. August)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag ruhige Stimmung. Die allgemeine Situation hat sich kaum geändert. Nach wie vor besteht sehr knappes Angebot an promptem Brotgetreide beider Arten, wobei gleichzeitig die Mühen und die Händler zum Teil auch für den Export Kaufinteresse zeigen. Da indessen das Mehlgeschäft weiter vollkommen stagniert, konnten sich die Preise nur behaupten. Am Lieferungsmarkt ergaben sich bei der Eröffnung sogar leichte Abschwächungen, die im Laufe der Börse jedoch wieder aufgeholt werden konnten. Am Mehlmarkt wurde lediglich der dringendste Tagesbedarf gedeckt, wobei sich keine Preisunterschiede gegen den Vortag ergaben. Hafer hatte stetige Tendenz. Das nicht allzu grosse Angebot fand gute Aufnahme beim Konsum.

	17. August	18. August
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	215 - 221	219 - 221
Roggen	165 - 167	165 - 167
Futtergerste	150 - 160	150 - 160
Hafer	144 - 152	146 - 154
Weizenmehl	27,00-33,50	27,00-33,50
Roggenmehl	23,75-26,25	23,75-26,25
Weizenkleie	11,25-11,75	11,25-11,75
Roggenkleie	9,75-10,25	9,75-10,25
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 232-232½ Oktober 231-231½ stetig. Roggen September 176½-177½ Oktober 178½-179½ stetig. Hafer September 145-146 Geld, Oktober 148 Geld stetig.		

## Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 18. August)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,45 - 0,60
" Weizenstroh	"	0,35 - 0,50
" Haferstroh	"	0,35 - 0,50
" Gerstenstroh	"	0,35 - 0,50
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	0,45 - 0,65
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0,35 - 0,55
" Weizenstroh	"	0,35 - 0,45
Häcksel		1,25 - 1,35
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,25 - 1,55
Gutes Heu, gesund und trocken	"	1,70 - 2,20
Luzerne, lose	"	- - -
Thymothee, lose	"	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	"	- - -
Mielitz-Heu, lose, rein	"	- - -
" " " (Warthe)	"	- - -
" " " (Havel)	"	- - -
Drahtgepresstes Heu	Tendenz stetig	30 Pfg. über Notiz.